

Solidarität wärmt

Totgesagte leben länger. Beim stillen Gedenken und beim Neujahrsempfang der Partei Die Linke (PdL) in Berlin hat sich gezeigt, dass auch unter schwierigen und teils bedrohlichen Umständen heraus neue Kraft entstehen kann.

Ein Sonntagmorgen, Anfang Jänner um 9 Uhr an der Gedenkstätte der Sozialist:innen in Berlin: Es ist nicht nur das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die beiden zentralen Akteur:innen der KPD, das tausende Menschen zu einem stillen Gedenken mobilisiert hat. Bereits seit Freitag haben sich in der Berliner Stadtmission, einer evangelischen Hilfsorganisationen für Obdachlose, hunderte Aktivist:innen der PdL getroffen, um sich kennenzulernen, sich auszutauschen und um Pläne für das - auch in Deutschland nicht unbedeutende - Jahr 2024 zu schmieden. Angesichts des 105. Jahrestages der Ermordung der beiden Kommunist:innen durch reaktionäre Kräfte gewinnt die Zusammenkunft in Zusammenhang mit dem Rechtsruck in ganz Europa neue Bedeutung.

»Wahnseh-Konferenz«

Just in den Tagen vor der PdL-Veranstaltung wurde nach Recherchen des Netzwerks Correctiv nämlich publik, dass sich im Umland von Potsdam, unweit vom historisch belasteten Ort Wannsee, in einer Villa, Spitzenpersonal der rechtsextremen Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) und Teilen des rechten Flügels der CDU gemeinsam mit Industriellen und Neonazis getroffen hat. Der Vortragende, Gründer der neofaschistischen österreichischen Identitären, präsentierte einen Generalplan zur ethnischen Säuberung Deutschlands. Ziel der Aktion sollen dabei nicht nur Asylwerber:innen, sondern auch Staatsbürger:innen sein - solche mit Migrationshintergrund und

all jene, die sich dem Faschismus entgegenstellen. Eine hohe Teilnahmegebühr sollte einen diskreten Weg dafür eröffnen, dem neofaschistischen Projekt Starthilfe zu geben, um so etwa eine rechtsextreme PR-Agentur zu finanzieren. Die AfD steht derzeit in allen bundesweiten Umfragen an erster Stelle, in mehreren ostdeutschen Bundesländern, in denen im Herbst gewählt wird, scheint der erste Platz in Reichweite.

Standortkonkurrenz

Auch anderswo entsteht derzeit in Deutschland ein politisches Start-up: Nur wenige Tage zuvor gründete sich das, bis dahin nur als Verein bestehende, »Bündnis Sahara Wagenknecht« offiziell als Partei. Der Gruppe, die über keine organisierte Basis verfügt, gehören nun etwa ein ehemaliges SPD-Mitglied, ein Multimillionär und zehn frühere Bundestagsabgeordnete der PdL an. Die Namensgeberin verkündete anlässlich der Gründung des Projekts, dass »rechts« und »links« keine relevanten politischen Kategorien mehr seien. Entsprechend liest sich das Parteiprogramm: »Wir brauchen Zukunftsfonds zur Förderung innovativer heimischer Unternehmen und Start-ups und nicht Milliarden-subventionen für Konzerne aus Übersee«, heißt es dort etwa zur Wirtschaftspolitik, während in der Sozialpolitik »Fleiß und individuelle Anstrengung« belohnt werden müsse. Zugleich will man - um die »Konkurrenz« am Arbeitsmarkt zu reduzieren - eine Begrenzung der Migration. Den ersten Praxistest dieses Programms soll es bei den Europawahlen im Juni geben. Doch wie wird man sich im Europäi-



schen Parlament positionieren? Fabio de Masi, ein früherer Bundestagsabgeordneter, meinte auf die Frage, ob man sich der Europäischen Linken (EL) im Parlament anschließen wolle, dass es »unklar« sei, ob es diese nach den Wahlen noch geben werde.

Linke Perspektiven für Europa

Ein Blick zurück auf den Jahresempfang der PdL, der in den letzten Wochen rund 3000 neue Mitglieder beigetreten sind, kann Klarheit in dieser Frage bringen. Neben mehreren hundert Aktiven aus allen deutschen Bundesländern, die meisten von ihnen frisch beigetreten, sind auch Gäste aus über einem Dutzend linker und kommunistischer Parteien aus Europa anwesend. Nach intensiven Diskussionen, etwa über die Strategien aktiver Friedenspolitik, über die Einführung sozialer Mindeststandards in der EU oder über Wege, das Massensterben im Mittel-

meer zu beenden, bildet eine Diskussion zwischen PdL-Vorsitzenden Martin Schirdewan und EL-Präsident Walter Baier am Samstagabend den inhaltlichen Höhepunkt der Veranstaltung.

»Wir müssen dem Faschismus im Rahmen der EU-Wahlen die rote Karte zeigen«, erklärt Schirdewan dazu, vor welcher Aufgabe man derzeit stehe – angesichts der »Wahnseh-Konferenz« in Deutschland, der neofaschistischen Regierung in Italien und des Höhenflugs der extremen Rechten in Deutschland, Frankreich, Ungarn und Österreich. »Unser Antifaschismus, unsere Agenda ist eine, die über die liberale Agenda hinausgeht. Unsere Agenda ist eine, die klassenbestimmt ist, ist eine, die die sozialen und die ökologischen Fragen und die Fragen des Friedens einbezieht, ist es eine Vision darauf, dass die Menschen die gleichen Lebenschancen haben«, ergänzt Baier und betont, dass man die »Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus auch auf das Gebiet des

sozialen Konflikts« tragen müsse. Das zeige sich etwa in Bestrebungen, einen freien Zugang zur öffentlichen Kommunikation und zum öffentlichem Transport durchzusetzen. Dies seien Fragen, in denen Sozialist:innen und Kommunist:innen auch »mit den Liberalen in Konkurrenz und in Auseinandersetzung treten« müssten. »Wir müssen diesen Mut haben«, appelliert Baier unter großem Applaus.

Aufbruch am Friedhof

Im tiefen Osten Berlins liegt am Zentralfriedhof Friedrichsfelde, umgeben von Industrieruinen und verfallenen Plattenbauten, die Gedenkstätte der Sozialist:innen. Es ist greifbar und nachvollziehbar, dass sich die Menschen hier nicht nur des Verlusts der ermordeten Genoss:innen erinnern. Trotz des gefrierenden Nieselregens haben sich am Sonntagmorgen bereits über tausend Personen versammelt, um im Namen ihrer Partei oder Organisation in Stille Kränze niederzulegen. Neben des PdL-Vorstandes und vieler ihrer Teilorganisationen ist auch hier die Europäische Linke mit über zwei Dutzend Aktiven vertreten.

Die Solidarität wärmt, ebenso wie der Kinderpunsch, der am Stand des »Ständigen Forums der Europäischen Linken« (SFEL-R) ausgeschenkt wird. Dass ein Genosse der tschechischen KP (KSČM) selbstgebrannten Schnaps mitgebracht hat, mag dabei möglicherweise zur Erwärmung beigetragen haben – ohne die revolutionäre Disziplin übergebürlich in Mitleidenschaft zu ziehen. Am Stand, der laufend gut besucht ist, liegt neben Material der EL, der PdL, der KSČM und der KPÖ auch die Volksstimme auf. Das Interesse seitens der deutschen Genoss:innen ist angesichts der unerwarteten Wahlerfolge in Österreich groß. Auch hier dre-

hen sich viele Diskussionen um die Frage, wie man dem Neofaschismus entgegentreten kann und wie man neue Spielräume für konsequente linke Antworten entwickeln kann. Nachdem Tausende vorbeigezogen sind und die Gräber von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in ein Blumenmeer verwandelt haben, neigt sich die Veranstaltung Nachmittags dem Ende zu.

Doch bereits am Abend und in den folgenden Tagen zeigt sich, dass das Wochenende in Deutschland tatsächlich ein Jahresauftakt gewesen ist: Zehntausende Antifaschist:innen



versammelten sich in Städten wie Leipzig, Rostock, Essen, Köln, Cottbus, Potsdam und Berlin zum Protest gegen die Deportationspläne deutscher und österreichischer Neofaschist:innen. Der notwendige Mut, von dem Baier gesprochen hat, scheint nach dem Wochenende in Deutschland gewachsen zu sein. Es bleibt angesichts der Europawahlen im Juni zu hoffen, dass dieser Mut auch länderübergreifend ansteckend ist. ◊